

Editorial

Die Karikaturisten können mit der »Wende in Bonn« zufrieden sein: Birne Kohl machts möglich. Wenn von der Neuauflage eines »CDU-Staates« die Rede ist, dann höchstens in witziger Form: Was nach dem Ende des zweiten Weltkrieges eine »Tragödie« für die hochgespannten Hoffnungen auf eine radikale gesellschaftliche Veränderung war, wiederhole sich heute nur noch als »Farce« der skandalgebeutelten Kohl/Genscher-Regierung. Die Spötter haben sicher Recht, wenn sie damit auch sagen wollen, daß eine regierende CDU noch keinen CDU-Staat ausmacht. Wenn sich freilich dahinter die Hoffnung verbirgt, daß die »Wende in Bonn« nur einen — bald wieder korrigierten — »Unglücksfall« darstellt, dann wird der durch nichts begründete Wunsch zum Vater des Gedankens. Nun hat es sich sicherlich bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie herumgesprochen, daß es nicht die verräterische Perfidie des liberalen Koalitionspartners war, die die sozialliberale Koalition beendete, sondern daß die sozialdemokratische Politik in der Krise selbst an ihre Grenzen gestoßen war (Vgl. J. Hoffmann in PROKLA 49). Damit ist freilich noch keineswegs gesagt, daß es die neue Mannschaft für diesen unseren Staat besser richtet — und daß sie sich auch auf Dauer einzurichten vermag.

Michael Th. Greven hat vor einem Jahr (Vgl. PROKLA 51) konstatiert: »Kaum irgendwo findet man ausreichende Informationen, geschweige denn Analysen und Erklärungen der politischen, ideologischen und interessenmäßigen Basis der neuen Herrschaft«. An diesem Befund hat sich bis heute nur wenig geändert. Das unbekannte Wesen CDU-Staat verführt zu Spekulationen: Skandale und personelle Querelen verleiten zu eiligen Prognosen über sein schnelles Ende; Indizien für eine neokonservativ genannte Politik im Sozial- und Bildungsbereich sind Anlaß für verzweifelte Fatalismus. Mit diesem Heft wollen wir gegen beide Formen der Spekulation zu Felde ziehen. Freilich mußten wir bei der Heftplanung feststellen, daß viele Fragen, die Greven 1983 stellte, auch heute noch nicht beantwortet werden können. Ein Anfang aber muß gemacht werden.

Der Titel des Heftes: »Ein zweiter CDU-Staat?« soll provozieren. Er soll an den ersten CDU-Staat erinnern, noch mehr aber an die Ursachen, die Mitte der sechziger Jahre sein Ende herbeiführten. Die Erinnerung soll freilich nicht zu hastigen Analogien verleiten.

Die Frage nach der Funktion des CDU-Staates in den fünfziger Jahren hilft vielleicht, vorschnelle Vergleiche zu vermeiden: Es galt, einen ökonomisch restaurierten Kapitalismus politisch abzusichern, die zersplitterten bürgerlichen Kräfte in einen »Bürgerblock« zu vereinen (so weit es nicht sogar in einer Partei gelang), der einer (leider nur vermeintlichen) radikalen Alternative gemeinsam und erfolgreich widersteht. Dieser Funktion angemessen war die lose Sammlung vieler Interessengruppen in bürgerlichen Honoratiorenparteien. Die angeblich rückwärts gewandte Antihaltung wurde der Opposition zugeschoben, die CDU/CSU gab sich modern: »Über Marx hinaus« (von der Gablentz) war die Devise. Die drei großen »K«: Kanzler, Kirche, Kompromiß (Rüdiger Altmann) waren angeblich die Basis, auf dem der CDU-Staat gründete. Das war freilich nur die halbe Wahrheit. Sicherlich: die Bezeichnung »Kanzlerdemokratie« sagt etwas über die autoritäre Struktur des Staates in den fünfziger Jahren aus; die kirchlichen Kanzelabkündigungen vor Wahltagen haben viel zur Wählermobili-

sierung für die CDU/CSU beigetragen; der Versuch einer »klassenübergreifenden Interessenpolitik« (Gottschalch) hat erstaunliche Identifizierungen mit dem CDU-Staat zu Wege gebracht. Die drei »K« sind dennoch nur die halbe Wahrheit, weil sie die eigentlichen Bedingungen des CDU-Staates verschleiern helfen: den »Antikommunismus« als Staatsdoktrin und das »Bereicherungsstreben« als von allen Stützen der Gesellschaft abgesegnetes Glaubensbekenntnis. Wer der Fahne des Antikommunismus nicht die nötige Reverenz erwies, konnte erfolgreich ins politische Abseits gedrängt werden, auch die SPD traf es, denn Rosa galt für Rot. Die Bereitwilligkeit von Flüchtlingen, katholischen Arbeitern, Bauern, sich hinter der antikommunistischen Flagge zu versammeln, wurde durch eine Politik gefördert, die die geforderte Leistung mit Konsummöglichkeiten belohnte. Die »Häuschen im Grünen-Politik« bestätigte nicht nur ein Lebensgefühl der fünfziger Jahre, das nach NS-Zeit und Nachkriegsnot das Glück im Winkel suchte, es ließ auch durch die real erfahrene Steigerung des Lebensstandards von Arbeitern die sozialdemokratische Wahlpropaganda in jenen Jahren blaß aussehen.

Der so entstandene »Fels des CDU-Staates aus ideologischem Antikommunismus und privatisiertem Besitzstreben« (Narr) schien festgefügt. Was aber ließ ihn Mitte der sechziger Jahre porös werden und schließlich zerbröseln, so daß die Regierung des Bürgerblocks von einer sozialliberalen Koalition abgelöst werden konnte?

Die Ablösung ist zunächst einmal undenkbar ohne den bereits 1959 vollzogenen Wandel der SPD von einer zwar antikommunistischen, aber zumindest programmatisch auch antikapitalistischen Arbeiterpartei zu einer im Selbstverständnis gemeinwohlorientierten sozialreformerischen Volkspartei. Gerade wenn es heute zu Recht gilt, die für die »Lebensqualität« vieler Menschen wichtige Differenz zwischen der sozialliberalen Koalition und der »Wendekoalition« von 1982 zu betonen, muß die Bedeutung dieses Wandels in Erinnerung bleiben: Mit dem Wandel der SPD hatten sich alle größeren Parteien der Bundesrepublik auf einen Konsens geeinigt, der die »Eigentums- und Produktionsverhältnisse« letztlich nicht mehr in Frage zu stellen erlaubte. Daran hat sich bis heute in der SPD, auch wenn der linke Flügel wieder zu zucken beginnt, nichts geändert. Nur wenn die Grundsatzentscheidung der SPD von 1959 nicht vergessen wird, kann richtig eingeschätzt werden, was von der Sozialdemokratie in den achtziger Jahren im Unterschied zur CDU und CSU zu Recht erwartet werden darf und was sie überfordern muß.

Mit der gewandelten SPD war in den sechziger Jahren Staat zu machen: Der wählermobilisierende Spruch der CDU: »Keine Experimente!« begann sich als Hindernis zu erweisen, der »Fels des CDU-Staates« wurde zum Klotz am Bein einer kapitalistischen Gesellschaft, die auf eine überfällige Modernisierung drängte, um sich auf den Märkten behaupten zu können. Ein Modernisierungstau war besonders in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, in der Außen- und Deutschlandpolitik und in der Wirtschafts- und Strukturpolitik entstanden. Die vom klassenkämpferischen Ballast befreite Sozialdemokratie versprach überzeugend, den Stau aufzulösen.

Bereits während der Großen Koalition (1966-69) konnte die SPD beweisen, daß sie im Rahmen des bestehenden Systems und ohne es noch grundlegend ändern zu wollen, tatsächlich die »bessere« Politik als die »verbrauchten« bürgerlichen Parteien zu machen imstande war, freilich nicht ohne, wenn auch oft nur in Maßen, auf ihre Mitglieder- und Wählerbasis Rücksicht zu nehmen.

Eine der Zauberformeln war die »keynesianische Botschaft« der Versöhnung von Wachstum, Vollbeschäftigung und Profitstabilisierung durch eine antizyklische Geld- und Fiskal-

politik: Kapital- und Lohnarbeiterinteressen sollten mit dieser Politik kompatibel und die ökonomische Entwicklung in einen krisenfreien und stetigen Prozeß überführt werden. Hohe und regelmäßige Steuereinnahmen versprachen darüberhinaus eine Wachstumsdividende, die die Finanzierung der zur Überwindung des Modernisierungsstaus notwendigen Sozialreformen zu erlauben schien. Mit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 und der einsetzenden stagflationären Entwicklung veränderten sich die ökonomischen Rahmenbedingungen dieses Politikmodells. Die Reformphase der sozialliberalen Koalition wich einer Phase permanenten Krisenmanagements mit immer deutlicheren Zügen einer wirtschaftspolitischen Austerität — trefflich symbolisiert durch den Kanzlerwechsel von Brandt zu Helmut Schmidt.

Die im Jahr 1982 eingeleitete und durch die vorgezogenen Wahlen im März 1983 eindrucksvoll bestätigte »Wende« markierte auf der einen Seite das Scheitern dieses Politikmodells und den Niedergang der SPD als Regierungspartei und auf der anderen Seite den Siegeszug der CDU/CSU, der sich bereits einige Jahre zuvor durch die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse in den Ländern und großen Kommunen abzuzeichnen begann. Es wäre falsch, die Kräfteverschiebung zugunsten der CDU/CSU *allein* mit dem Scheitern der sozialliberalen Koalition und insbesondere der sozialdemokratischen Politik begründen zu wollen. Von der Öffentlichkeit zunächst wenig bemerkt, ist es während der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition insbesondere der CDU — nachdem die CSU diesen Prozeß schon während der sechziger Jahre durchlaufen hat — gelungen, einen Prozeß »nachholender Parteibildung« in Gang zu setzen und eine »Umorientierung der traditionellen Machtzentrale von Regierung und Fraktionsspitze hin zum Parteiapparat« (Grevin in PROKLA 51) zu vollziehen und sich als kampfstärke Formation zu präsentieren. Ende der siebziger Jahre übertraf der hauptamtliche Funktionärsstamm der CDU der Zahl nach bereits den der SPD; CDU und CSU konnten zusammen eine ähnlich hohe Zahl von Mitgliedern organisieren wie die SPD.

Das ökonomische und gesellschaftspolitische Umfeld der '83er-Wahlen war für die SPD wenig vielversprechend: Die Ökonomie der Bundesrepublik befand sich in der unteren Talsohle einer erneuten zyklischen Krise; die Strukturprobleme — alte Industriesektoren wie Stahl und die Werften konnten ihre Weltmarktkonkurrenzposition immer weniger behaupten; die durch eine Politik der »Modernisierung der Volkswirtschaft« versuchte Öffnung neuer Anlagensphären und Wachstumsfelder konnte noch keine durchgreifende Akkumulationsdynamik in Gang setzen — waren weitgehend ungelöst und warfen regionale Konfliktfelder auf; die Arbeitslosenzahlen bewegten sich auf Rekordziffern zu; die wirtschaftspolitische Interventionsfähigkeit der sozialliberalen Koalition schien durch den allseits akzeptierten »Sachzwang« einer zu hohen Staatsverschuldung eingeengt; die Gewerkschaften zeigten sich immer weniger bereit, den perspektivlosen Austeritätskurs der Schmidt/Genscher-Regierung durch den Schulterschuß mit »ihrer« Regierung länger mitzutragen. Diese offene ökonomisch-wirtschaftspolitische Flanke (dem »Weltökonom« Schmidt zum Trotz) wurde durch eine sicherheits- und außenpolitische Debatte um die »Nachrüstung« noch ergänzt bzw. überlagert. Und schließlich wurde in Gestalt der GRÜNEN eine Palette gesellschaftspolitischer Themen in das politische Feld eingeführt, mit denen die sozialdemokratischen »Macher« ganz offensichtlich überfordert wurden.

In dieser Situation konnte es der CDU/CSU — mit tätiger Unterstützung der Freien Demokraten — gelingen, sich in den Augen vieler Wähler als die kompetentere wirtschaftspolitische Kraft und als der zuverlässigere Partner gegenüber der Reagan-Administration darzustellen. Der etwas zaudernden, in letzter Instanz doch immer mit Legitimationsproblemen

behafteten Austeritätspolitik und dem innerhalb der Sozialdemokratischen Partei immer umstritteneren Stationierungsbeschluß setzte die CDU/CSU ein eindeutiges Bekenntnis zu einer »Sparpolitik« sowie ein unzweideutiges »Ja« zur Stationierung von Cruise Missiles und Pershings auf dem Boden der Bundesrepublik entgegen.

Ebenso wie die sozialliberale Koalition bemüht sich zwar auch die CDU/CSU/FDP-Regierung »Gemeinsinn als Ressource der Wirtschaftspolitik« (Hans-Peter Spahn) zu mobilisieren; im Unterschied insbesondere zur SPD wurde dabei allerdings in keiner Form vertuscht, daß dies mit einer Umverteilung der Einkommen zugunsten der Bezieher von Unternehmens- und Vermögenseinkommen gleichzusetzen sei. Bei der Umsetzung dieser Politik scheuten die Konservativen bislang keine Konflikte mit den Gewerkschaften; auch wenn die teilweise erwartete harte antigerwerbliche Polemik anfänglich ausblieb, war es doch gerade das Aufgabenfeld und das Budget des Arbeitsministers Blüm, das von den diversen »Sparmaßnahmen« am stärksten betroffen wurde. Eine Reduktion der Politik der Konservativen auf die bloße Senkung der Arbeitskosten, den Abbau sozialer Leistungen und die steuerpolitische Umverteilung zugunsten des Kapitals würde allerdings zu kurz greifen, wird damit doch lediglich *eine* Ebene konservativ-wirtschaftsliberaler Politik erfaßt. Peter Glotz unterscheidet innerhalb der C-Parteien fünf Gruppierungen: (a) eine monetaristisch-angebotsorientierte Fraktion, die pragmatisch-flexibel agiert und ideologisch sehr gefestigt ist (wichtige Personen sind hier Stoltenberg-Albrecht-George etc.); (b) das bürgerliche Zentrum unter Führung von Helmut Kohl, das nicht mehr länger eine eindeutige katholizistische Schlagseite hat und auch aufgestiegene Lohnarbeiter rekrutiert; (c) eine rechtspopulistische Strömung in Form der CSU und verkörpert durch Strauß; (d) die ausgedünnten Reste der christlichen Arbeiterschaft und der Sozialausschüsse; (e) eine neu-etablierte, modernistisch-konservative Strömung um die Personen Späth, Biedenkopf, Technologieminister Riesenhuber u.a.

Die gegenwärtige Politik scheint von der »Entsolidarisierungsrechten« dominiert. Zwischen den verschiedenen Flügeln und Strömungen besteht allerdings nicht nur ein Verhältnis der Konkurrenz; die Flügel und ihre *policies* scheinen sich — wenigstens zum Teil — auch zu ergänzen. Die These von Glotz, daß sich der modernistisch-konservative Flügel um Späth, Biedenkopf und Riesenhuber bereithalte, falls der Kurs der Entsolidarisierung in einer scharfen Klassenauseinandersetzung scheitern sollte, verkennt dieses Zusammenspiel gerade zwischen Austeritäts- und Modernisierungspolitik — und scheint im übrigen mehr durch Illusionen über die Verfassung oppositioneller Kampftruppen bestimmt zu sein. Die Konservativen übernehmen nicht lediglich die Funktion der politischen Organisation der »reinigenden Wirkungen« der Krise; »Bereinigung« — sei es durch endogene ökonomische Prozesse wie Kapitalvernichtung oder sei es durch direkte politische Interventionen — schließt auch immer die Etablierung neuer Entwicklungsmuster ein. Konkretere Entwicklungsmuster lassen sich in der Fiskal- und Sozialpolitik auffinden, wo mit dem *Abbau* des Sozialstaates dessen *Umbau* hin zu stärkeren Subsidiaritätsprinzipien und einer Aufwertung der Familie angepeilt wird und die Absicht zu erkennen ist, die Arbeitsmarktprobleme unter dem »Sachzwang« des Sparens zu de-legitimieren und der Verantwortung des Marktes zu überlassen; die Einleitung neuer Entwicklungsmuster von Wirtschaft wie Gesellschaft läßt sich insbesondere auf dem Feld der Industriepolitik beobachten, wo durch eine entsprechende Ausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik die Entwicklung und Diffusion neuer Techniken beschleunigt werden soll und bereits staatliche Infrastrukturleistungen — vor allem durch die Deutsche Bundespost — vorgenommen werden, um eine anschließende kostengünstige private Nutzung zu ermöglichen.

Von diesem Modernisierungsschub — der weitreichende soziale und gesellschaftspolitische Wirkungen bis hinein in den Reproduktionsbereich zeitigen wird — erwarten sich die Konservativen die Einleitung eines langfristigen ökonomischen Wachstumspfad, der die bundesrepublikanische Gesellschaft über die Schwellen des 21. Jahrhunderts führen soll. Auch wenn die Skepsis über die Erfolgchancen eines solchen Entwicklungsweges mehr als berechtigt sind, so darf dennoch nicht in den — ökonomistischen — Fehler verfallen werden, aus den sich vermutlich schon in nächster Zukunft verschärfenden Arbeitsmarktproblemen ein generelles Scheitern des konservativen Politikmodells abzuleiten. Das neue, konservative Entwicklungsmodell kann sich durchaus auch als eine längere Zukunft mit dauerhaft hohen Arbeitslosenzahlen bei anhaltender politischer Stabilität darstellen. Anders als während der Endphase des ersten CDU-Staates scheinen CDU/CSU heute *nicht unbedingt* hohe Wachstumsraten zur Durchsetzung und Behauptung ihrer Politik nötig zu haben. Die ideologischen Diskurse über »Leistung«, »Elite«, »Technikfortschritt«, »Subsidiarität« usw. markieren ein weites soziales und gesellschaftspolitisches Feld, dem gegenwärtig weder die SPD noch die links-grün-alternativen Kräfte etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen haben. Die Mischung marktförmiger und akkumulationsorientierter-lenkungsformiger policies und die damit verbundenen Delegitimationsprozesse von politischen Entscheidungen erleichtern diese Offensive. Aber kann daraus ein »zweiter CDU-Staat« entstehen? Sind CDU und CSU tatsächlich in der Lage, ein erfolgreiches »politisches Regulierungsmodell für den »nachfordistischen« Kapitalismus« zu etablieren, wie dies *Josef Esser* und *Joachim Hirsch* in dieser PROKLA behaupten?

Läßt man die Beiträge dieses Hefts Revue passieren, dann kann die Antwort nur zweideutig ausfallen. Die politisch-ideologische Flexibilität von CDU und CSU — am deutlichsten vielleicht in der Deutschlandpolitik zum Ausdruck gebracht — scheint größer als von vielen Beobachtern und Gegnern erwartet wurde. Rückwärtsgewandte Politikvorstellungen und Strategien gehen Hand in Hand mit pragmatischer Tagespolitik und perspektivischen Politikentscheidungen. Anders als im ersten CDU-Staat können sich die C-Parteien nicht lediglich auf die politische Absicherung eines funktionierenden ökonomischen Prozesses beschränken, sondern müssen sie sich um die *Dynamisierung* ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturen bemühen, wohl wissend, daß eine bloße Verwaltung der ökonomischen Krise und der gesellschaftlichen Probleme nicht hinreichend ist. In dieser Dynamisierung ist der politische Konflikt allerdings bereits angelegt, müssen doch im Zweifelsfall auch traditionelle Wählerkreise und ökonomische Machtgruppen (Bsp: der Streit um die Einführung des Katalysators und bleifreien Benzins zwischen Innenminister Zimmermann und der Autoindustrie) angegangen werden. Und: Trotz aller ideologischen Offensiven — vorgetragen vor allem durch den Populisten Geißler — scheint es der CDU/CSU bislang nicht gelungen zu sein, einen dem Antikommunismus des ersten CDU-Staates vergleichbaren ideologischen Nährboden zu schaffen, der oppositionelle Parteien und gesellschaftliche Bewegungen isolieren könnte. Ein zweiter CDU-Staat also? — darüber scheint bis heute keineswegs entschieden zu sein!

Die Redaktion